



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 885 890

F/XVI/179 - 10. August 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 Spanien und die CDU 46

Spanische Gewerkschaftler in der Bundesrepublik

2 Mitteldutsche Tragödie 47

Geht Moskau nun aufe Ganze?

3 - 4 Frauen fragten, Ollenhauer antwortete 91

Um den Anteil der Frauen an verantwortlichen Stellen  
im öffentlichen Leben

5 - 6 Enttäuschte Auswanderer 83

Ein Brief aus Australien  
Bitte an die Bundesregierung

\* \* \* \*

10. August 1961

Spanien und die CDU

sp - In der vergangenen Woche haben zwei spanische Gewerkschaftsführer die Bundesrepublik besucht. Es waren der Vertreter der christlichen Gewerkschaftsbewegung Spaniens im Exil, Jesús Insausti und Pascual Thomas, der Vorsitzende der freien spanischen Gewerkschaftsbewegung, der gleichzeitig auch Vertreter seiner Gewerkschaft im internationalen Bund freier Gewerkschaften ist. Auch Jesús Insausti ist Vertreter seiner Gewerkschaft in der christlichen Gewerkschaftsinternationale.

Beide spanischen Gewerkschaftler haben den Vorstand des deutschen Gewerkschaftsbundes, die SPD und die CDU eingehend über das Franco-Regime informiert und besonders darauf hingewiesen, dass die Diktatur in Spanien jede freiheitliche Arbeiterbewegung unterdrückt. Hierbei war interessant zu erfahren, dass sich Widerstandsgruppen christlicher Arbeitnehmer bis zum heutigen Tage nicht der Diktatur Franco gebeugt haben, dass sie einen ständigen unterirdischen Kampf gegen das Franco-Regime führen und in diesem Kampf in enger Verbundenheit mit den demokratischen Widerstandsgruppen aller politischen und weltanschaulichen Richtungen stehen. Die den deutschen Gesprächspartnern übermittelten Informationen liessen auch klar erkennen, dass die Kommunisten in Spanien keine Rolle spielen und dass es unwahr ist, wenn die spanische Regierung behauptet, Widerstände gegen das Franco-Regime seien "kommunistische Untriebe".

Mit grösstem Nachdruck wiesen die spanischen Gewerkschaftsvertreter darauf hin, dass die Unterstützung Francos durch einige Regierungen der westlichen Demokratien die Widerstandskraft der spanischen Demokraten lähme. Auch die von deutschen Bundesministern in Spanien gehaltenen Reden wurden besonders herausgestellt, um bei der spanischen Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, als sei der Diktator Franco jetzt in jeder Beziehung von den Regierungen demokratischer Staaten anerkannt und als könne er als der "Retter Spaniens vom Kommunismus" bezeichnet werden. Die Aufrechterhaltung dieser Legende, so erläuterten die spanischen Gewerkschaftler, sei eines der psychologischen Mittel Francos zur Drosselung der demokratischen Opposition. Minister demokratischer Staaten, die sich dazu hergeben, stützen das Franco-Regime und machen den Kampf der Demokratien um die Erhaltung der Freiheit in der Welt unglaubwürdig.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat den spanischen Gewerkschaftlern versichert, dass die deutsche Sozialdemokratie das augenblickliche Regime in Spanien als eine Gefährdung der Freiheit in Europa betrachtet und dass sich die SPD mit den christlichen, sozialistischen und demokratischen Organisationen im Kampf um die Wiederherstellung der Freiheit Spaniens einig weiss. Die CDU-Gesprächspartner der spanischen Gewerkschaftler haben - wie es heisst - ihre menschliche Sympathie für das Anliegen der spanischen Demokraten zum Ausdruck gebracht, aber zum eigentlichen Problem, das die Spanier in die Bundesrepublik führte, nicht Stellung genommen.

### Mitteldeutsche Tragödie

sp - Die Furcht, das Tor zum freien Westen könnte geschlossen werden, treibt immer mehr Menschen zur Flucht aus Mitteldeutschland nach Berlin und in die Bundesrepublik. Am gestrigen Tage betrug die Zahl der Flüchtlinge fast 2000 - die höchste seit dem Juniaufstand 1953. Immer wilder und unbeherrschter schlägt das SED-Regime um sich. So werden nachts stellenweise an der hessisch-thüringischen Zonen-grenze Stolper- und Stacheldraht ausgelegt, um die Flucht von Zonen-bewohnern in die Bundesrepublik zu erschweren. Gegen Fluchtverdächti-ge hagelt es Gefängnis- und Zuchthausstrafen. Die Grenzgänger aus Ost-berlin und den anschliessenden östlichen Gebieten, die in Westberlin arbeiten, sind Schikanen und teilweise schon offenem Terror ausge- setzt; stellvertretend für Ungezählte ist das Schicksal jenes Bauern und seines Sohnes, den die Volkspolizei zur Strafe dafür, dass er aus der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft ausschied, al- so von einem Recht Gebrauch machte, das in den Statuten selbst ent- halten ist, völlig mittellos über die Grenze jagte. Unvorstellbares Leid verbirgt sich hinter solchen Tragödien. Das Regime spricht in einem Zynismus ohnegleichen von "Abwerbern", die angeblich die Men- schen zur Flucht bewegen und ihnen goldene Berge in der Bundesrepublik versprechen. Die Herren von Ostberlin belügen sich dabei selbst, sie wissen, dass es keinerlei Aufforderung zur Flucht bedarf. Es ist die allgemeine Atmosphäre der Unmenschlichkeit, eines sich steigenden Druckes und die Ungewissheit vor der Zukunft, die Männer, Frauen und Kinder ihre Heimat verlassen lässt. Ein Ende der Fluchtwelle ist nicht abzusehen, sie dürfte noch unheimlichere Ausmaße in den nächsten Wo- chen und Monaten annehmen. Diese Massenflucht ist wohl der brennendste Ausdruck der ungelösten deutschen Frage.

Was steckt dahinter? Ulbricht und seine Moskauer Auftraggeber ha- ben sich das Ziel gesteckt, den inneren Zusammenhang der deutschen Na- tion zu zerreißen. Da sie nicht ganz Deutschland als Beute einstecken können, wollen sie wenigstens den Teil endgültig sichern, der ihnen nach 1945 zugefallen ist. Das alles unter dem Signum eines Friedensvertrages. Welch eine Verhöhnung dieses hehren Begriffes! Der Friedensvertrag, den Ulbricht und Chruschtschow anstreben, wäre die Konservierung unerträg- licher Spannungen, der Brandherd im Herzen Europas bliebe bestehen und damit auch die Gründe, die vorgestern allein 2000 Menschen zu Flücht- lingen werden liessen.

Das deutsche Volk hat jetzt, 16 Jahre nach dem grössten Zusammen- bruch seiner Geschichte, noch zu beweisen, dass es die Fähigkeit erhalten hat, den gegen die Deutschen gerichteten Anschlag abzuwehren. Das ist nicht allein eine Frage militärischer Wachsamkeit und Bereitschaft, vor allem geht es hier um die geistige und sittliche Widerstandskraft und auch darum, den Flüchtlingen aus der Zone praktische Solidarität zu bekunden. Das Ringen um die Selbstbehauptung der deutschen Nation, das jetzt anhebt, wird alle Energien beanspruchen; das sollte auch in der Hitze des Wahlkampfes niemand übersehen.

Frauen fragten, Ollenhauer antwortete

Der Informationsdienst und Aktionskreis Deutscher Frauenverbände und Frauengruppen gemischter Verbände e.V. in Bad Godesberg hatte kürzlich an die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen und an alle Abgeordneten des Bundestages folgende Fragen gestellt:

Den Frauen geht es vor allem darum, in stärkerem Maße als bisher mitbestimmend in Legislative und Exekutive beteiligt zu werden, dadurch dass

1. mehr Frauen in aussichtsreichen Wahlkreisen oder an sicheren Plätzen der Landesergänzungslisten als Kandidaten benannt,
2. Frauen an der Regierung beteiligt und in stärkerem Maße bei der Besetzung leitender Stellen in den Ministerien berücksichtigt und auch als Vertreter der Bundesrepublik im Auswärtigen Dienst ernannt,
3. Frauen in Beiräte, Aufsichts- und Verwaltungsgremien des Bundes berufen,
4. Frauen an der Mitarbeit in den Weltorganisationen und in den europäischen Gemeinschaften sowie an offiziellen Regierungsdelegationen im In- und Ausland beteiligt werden.

In dem Begleitschreiben hiess es, die Frauen fühlen sich zu solchen Forderungen berechtigt, nicht nur, weil sie die grössere Zahl der Wahlberechtigten stellen, sondern weil sie durch ihre Aufgabe in Familie und Beruf für Staat und Gesellschaft entscheidend verantwortlich sind. Sie seien auch daran interessiert, vor der Wahl zu erfahren, wie Parteien, Fraktionen, jetzige und künftige Abgeordnete des Bundestages sich die Verwirklichung ihrer Forderungen vorstellen. Die im "Informationsdienst und Aktionskreis" zusammengeschlossenen Frauenverbände vertreten 79 Bundesorganisationen.

Von Erich Ollenhauer, Vorsitzender der SPD und der SPD-Bundestagsfraktion wurden die an ihn gestellten Fragen wie folgt beantwortet:

"An den  
Informationsdienst und Aktions-  
kreis Deutscher Frauenverbände  
u. Frauengruppen gemischter  
Verbände e.V.

Bad Godesberg  
Augustastrasse 42

Sehr geehrte Damen!

Ihr Schreiben an die Parteien, Fraktionen und Abgeordnete des Bundestages ist bei uns eingegangen.

Zu Ihrer Forderung, in stärkerem Maße als bisher Frauen mitbestimmend zu beteiligen, indem sie als Kandidaten aussichtsreicher Wahlkreise

10. August 1961

oder an sicheren Plätzen der Landesergänzungslisten benannt werden, darf ich sagen: Der Anteil der weiblichen Bundestagsabgeordneten ist in der SPD-Bundestagsfraktion immer höher gewesen als in den anderen Fraktionen - ja höher als in den meisten Parlamenten der Welt! - Wir verweisen auf die Sitzverteilung von drei Wahlperioden des Deutschen Bundestages: Die CDU-Fraktion hatte stets einen Frauenanteil von nur 7 %, die FDP schwankte zwischen 4 und 7 %, während die SPD-Fraktion 12,2 % Frauen in ihren Reihen aufweisen kann.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn noch mehr fähige Frauen in der SPD-Fraktion mitarbeiten könnten als bisher. Wir sind bestrebt, fähige Nachwuchskräfte zu finden und zu fördern. Es wird eine Frage der Zeit sein, über die kommunalen und Landesparlamente diese Kräfte für den Bundestag zu gewinnen.

Die Fragen 2 - 4 sind wohl in erster Linie an die im Bund herrschende Regierungspartei zu richten, denn nur sie hatte ja die Möglichkeit, "Frauen an der Regierung zu beteiligen, sie bei der Besetzung leitender Stellen in den Ministerien stärker zu berücksichtigen, sie als Vertreter der Bundesrepublik im Auswärtigen Dienst zu ernennen, sie in Beiräte, Ausschüsse und Verwaltungsgremien des Bundes zu berufen oder an der Mitarbeit internationaler (europäischer oder Welt-) Organisationen sowie an offiziellen Regierungsdelegationen zu beteiligen". Die Opposition hatte solche Möglichkeiten leider nicht.

Was die Haltung der SPD betrifft, so wird Ihnen bekannt sein, dass unser Kanzlerkandidat Willy Brandt anlässlich der Verkündung des Regierungsprogramms u.a. sagte: "Die neue Bundesregierung wird ... dafür sorgen, dass tüchtige Frauen in der Bundesregierung sind und auch sonst führende Stellungen übernehmen".

Wo immer die SPD eine Möglichkeit hatte, Vorschläge für derartige Stellenbesetzungen zu machen oder die Regierung z.B. in einem der Bundesländer zu bilden, hat sie unter Beweis gestellt, dass sie Frauen in angemessener Weise zu berücksichtigen bereit ist - natürlich unter der Voraussetzung, dass sich Frauen fanden, die entsprechend qualifiziert sind. Wir erinnern beispielsweise daran, dass die SPD in den drei Stadtstaaten je eine Frau zum Senator (d.h. also im Ministerrang) ernannt hat: Frau Ella Kay in Berlin, Frau Paula Karpinski in Hamburg und Frau Annemarie Mevissen in Bremen. In keinem Lande dürfte ausserdem der Anteil von Frauen in leitenden Verwaltungspositionen stärker sein als im sozialdemokratisch regierten Hessen: allein im Hess. Kultusministerium waren unter 9 Ministerialräten (d.h. Abteilungsleitern) viele Jahre hindurch drei Frauen - d.h. die gesamte Erwachsenenbildung, das Jugendwesen, die Lehrerbildung und das Hochschulwesen lagen dort in Händen von Frauen!

Die Sozialdemokratische Partei hat ausserdem die Notwendigkeit der verantwortlichen Mitarbeit der Frauen durch die Tatsache unterstrichen, dass sie eine Frau in ihre Wahlmannschaft aufnahm.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

gez. E. Ollenhauer "

+ + +

Enttäuschte Auswanderer

Ein Brief aus Australien - Bitte an die Bundesregierung

Uns erreichte dieser Tage ein Brief eines nach Australien ausgewanderten Deutschen, der allgemeine Aufmerksamkeit beanspruchen dürfte. Der Brief spricht für sich selbst. Namen und Anschrift des Verfassers sind der Redaktion bekannt.

Die Redaktion

\* \* \*

"Hiermit übersende ich Ihnen einiges Material, aus dem Sie ersehen mögen wie es im gegenwärtigen Australien um die deutschen Einwanderer steht. Als Akademiker (Universität Freiburg) fühle ich mich für meine deutschen Landsleute, die gleich mir wegen Versprechungen folgend nach Australien ausgewandert sind, verantwortlich. Ich selber bin jetzt seit zwei Jahren in Australien, habe aber dank meiner weiten Sprachkenntnisse eine ausreichende Beschäftigung (obschon nicht in meinem Beruf als Lehrer).

Heute melden die australischen Zeitungen, dass allein in Neusüdwaales über 3400 Einwanderer arbeitslos sind. Im Auffangslager Bonegilla an der Grenze von Viktoria und Neusüdwaales sind gestern Unruhen ausgebrochen. In der gestrigen Nachausgabe des "Daily Mirror", der grössten australischen Abendzeitung fand sich folgender Brief eines 22-jährigen Deutschen: (meine Übersetzung)

"Darf ich mir erlauben, nur einige Worte zu sagen, damit Sie meine Lage verstehen. Ich bin fast zwei Jahre in Australien und ich komme aus Deutschland. Ich kann nicht sagen, dass ich Australien und seine Menschen hasse, weil die meisten gut zu mir waren. Ich liebe vor allem das Klima und die wunderschönen Gegenden, aber seitdem ich arbeitslos bin - und das ist seit genau 13 Wochen - hat sich alles gegen mich gewandt und ich bin jetzt gezwungen, heimzufahren.

Dies ist zwar nicht mein Wunsch, aber mein Vater und meine Mutter, denen es schlecht geht, sind sehr beunruhigt und bedrückt über meine Lage, und sie wollen mir das Fahrgeld schicken.

Ich bin darüber sehr unglücklich, nämlich, Geld von jemand anzunehmen, der es nötiger braucht als ich. Ich würde lieber sterben. Ich habe alles versucht. Ich habe sogar ausserhalb von Fabriken genächtigt, um der erste bei der Arbeitsvergebung zu sein; aber alles, was ich tat, war nicht gut genug.

Ich kann es nicht verstehen, warum Leute nach Australien kommen, wo sie doch in Deutschland und in Europa nicht genügend Arbeiter haben. Das ist es genau, was ich über die gegenwärtige Lage denke und fühle. Ich würde sehr froh sein, wenn Du, der "Daily Mirror", diesen Brief von mir veröffentlichen würdest..."

gezeichnet: Dieter Hinkelmann, Bondi

Heute hat Hinkelmanns Brief zu Schlagzeilen in der australischen Presse geführt. Der heutige "Daily Mirror" gibt das leidgezeichnete Gesicht des jungen Deutschen auf der Titelseite mit den Worten: Das Gesicht, das die Geschichte erzählt.

"Es ist das Gesicht eines verbitterten, geschlagenen Mannes. Ein Mann, der eingeladen wurde, ein neues Leben zu beginnen... ein Mann, jetzt verzweifelt, der gestern sagte: - Ich würde lieber sterben - Es ist Dieter Hinkelmann, ein 22-jähriger deutscher Einwanderer.

Sein Brief an den Herausgeber des Daily Mirror, geschrieben in stammelndem, gebrochenem Englisch, wurde gestern veröffentlicht.

Er erzählte uns von 13 Wochen dauernder Arbeitslosigkeit, von der Aufgabe der Hoffnung, Beschäftigung zu finden, vom Gezwungensein zur Heimkehr. Sein Wort steht für das von Tausenden."

Die Arbeitslosenunterstützung beträgt 4 Pfund pro Woche und reicht nicht aus, die Kosten für Verpflegung und Wohnung zu bestreiten. Wer keinen festen Wohnsitz hat, kann nicht einmal diese Unterstützung beanspruchen, muss aber damit rechnen, eines Tages als Vagabund verhaftet und ins Gefängnis gesperrt zu werden.

Nur wenige können noch die Kosten zur Heimfahrt selbst aufbringen. Das Ende der Wirtschaftskrise, eine Folge des wilden Daraufloswirtschaftens der liberal-demokratischen Regierung Menzies, ist nicht abzusehen. Die Einwanderer tragen die Hauptlast, weil die zumeist ihnen vorbehaltenen Bauindustrie weitgehend zum Erliegen gekommen ist.

Viele Einwanderer sind durch das Angebot der von der australischen und zum Teil auch von der deutschen Bundesregierung finanzierten freien Überfahrt mit anschliessender zweijähriger Verpflichtung, im Lande zu verbleiben, verlockt worden. Versprechungen sind nicht eingehalten worden. Und jetzt ist das Elend da. Da die Bundesregierung für die freie Ausreise mitverantwortlich ist, sollte sie jetzt auch dafür Sorge tragen, die Rückkehr der Enttäuschten und Betrogenen zu ermöglichen. Auf alle Fälle sollte ab sofort jegliche Reiseunterstützung von Deutschland nach Australien gestoppt werden.

Es ist meine grosse Hoffnung, dass in den bevorstehenden Wahlen für das australische Bundesparlament im Herbst dieses Jahres die Australische Labour Party die Mehrheit erringt. Nur dann besteht für die Einwanderer eine Hoffnung, dass sich ihre Lage zum Besseren wenden wird. Ich habe keinerlei Vorurteile gegen das australische Volk; ich habe sehr viel Gutes und sehr viel Hilfsbereitschaft erfahren; das Land hat grosse Möglichkeiten für Europäer und braucht Menschen. Dennoch muss unter den gegenwärtigen Umständen von jeglicher Einwanderung dringend abgeraten werden; es sei denn, die Regierung kann sich zu einem grosszügigen Arbeits-, Wohnungs- und Sozialprogramm für Einwanderer entschliessen. Bis dahin muss er sich mit einem zweitrangigen und rechtunsicheren Dasein begnügen. Auch dies ist bisher in der Deutschen Öffentlichkeit zu wenig betont worden."

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel